



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 24. Mai 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Der SFR als Akteur – Aufruf zur Demo gegen Abschiebungshaft!

- Der SFR und das Studierendenreferat „WHAT“ der TU Dresden rufen am Sonntag dem 3. Juni zur Demo gegen Abschiebungshaft auf. Treff ist 15 Uhr vorm Hauptbahnhof, von da aus geht es durch die Innenstadt. Die sächsische CDU will nun auch noch neben dem Abschiebegefängnis auf der Hamburger Straße ein „Ankerzentrum“ genanntes Lager errichten. Als „gewolltes zu Grunde richten von Menschen“ haben wir das in einer Pressemitteilung kommentiert, wenn Menschen potentiell bis zu drei Jahre auf der Hamburger Straße leben werden müssen. Erst als Lagerinsass*innen, dann als Inhaftierte. Die SPD Dresden übte Kritik an der Errichtung zumindest des Lagers. Eine Zentralisierung von Geflüchteten werde kategorisch abgelehnt, dezentrale Unterbringung gelte es zu fördern.

<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Demo-gegen-Ankerzentrum-und-Abschiebehalt> (22.05.18)

Unsere PM: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/05/22/pm-zentralisiert-auf-der-hamburger-strasse-in-dresden-ein-ort-voller-leid-und-ohnmacht/> (22.05.18)

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 25 Menschen waren wochenlang auf einem Boot auf dem Atlantik unterwegs. Sie starteten und flohen aus dem Senegal, Nigeria und Guinea. Zwei Menschen seien brasilianischer Staatsbürgerschaft gewesen. Am Sonntag wurden sie vor der Küste Brasiliens von Fischer*innen gerettet worden.
http://www.deutschlandfunk.de/brasilien-fluechtlinge-aus-westafrika-vor-kueste-von.2932.de.html?drn:news_id=884693 (21.05.18)
- Das von der FPÖ geführte, österreichische Innenministerium hat eine „Fremdenrechtsnovelle“ vorgelegt. Unter anderem sollen jugendliche Straftäter*innen, für die das Asylrecht greift, wie Erwachsene behandelt werden. Vorgesehen sind der Ausschluss aus dem Familienverfahren über den Verlust des Aufenthaltsrechts bis hin zur Abschiebung. Das Außenministerium hat nun vorerst Widerspruch eingelegt. Das dortige Völkerrechtsbüro verweist auf die Kinderrechtskonvention wie die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). Weiterhin vorgesehen ist, dass nach GFK anerkannte Menschen nicht mehr nach sechs sondern erst nach zehn Jahren die Staatsbürgerschaft erhalten sollen. Auch dies stehe im Spannungsverhältnis zur GFK, so das Außenministerium, denn die schreibe die beschleunigte Einbürgerung vor.

https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/965903_Aussenministerium-kritisiert-Kickls-Entwurf.html (20.05.18)

Bund, Land, Kommune

- Erneut und zum dreizehnten Mal wurden Menschen nach Afghanistan abgeschoben. 15 Menschen landeten in Kabul. Für zwei Menschen konnte die Abschiebung kurzfristig gestoppt werden. 120 Demonstrant*innen sprachen sich am Frankfurter Flughafen gegen Abschiebungen in das Kriegsgebiet aus. PRO ASYL fordert ein Abschiebungsmoratorium für Afghanistan.
Vom Leipziger Flughafen wurden am Mittwoch 19 Menschen tunesischer Staatsbürgerschaft abgeschoben, elf von ihnen kamen aus Sachsen.
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/frankfurt-am-main-abschiebeflug-afghanistan-pro-asyll> (22.05.18)
<http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Abschiebung-von-Flughafen-Leipzig-Halle-aus> (16.05.18)
- Vierzehn von sechzehn Bundesländern wollen nicht bei den „Ankerzentren“ genannten Lagern mitmachen, die Bundesinnenminister Horst Seehofer plant. Neben Bayern ist es Sachsen, das sich mit der Internierung Schutzsuchender hervortun will. „Auf keinen Fall“ sei beispielsweise Schleswig-Holstein dabei. Kritisiert wird vielerorts, dass die CSU nur Stammtischparolen klopfe, aber niemand genau wisse, wie die Lager überhaupt ausgestaltet werden sollen. „Alles, was wir bislang über die Ankerzentren wissen, lesen wir in den Medien.“ so der Sprecher des Innenministeriums in Mecklenburg-Vorpommern. Der Unwille der Bundesländer rührt allerdings nicht aus humanitärer Gesinnung. Eher sind sie nicht davon überzeugt, dass die Lager Abschiebungen ermöglichen sollen. Weiterhin, so wird es aus Rheinland-Pfalz kommuniziert, wird befürchtet, dass die Integrationserfolge der Städte und Gemeinden der vergangenen Jahre zunichte gemacht werden.
Das alles hält aber Sachsen nicht davon ab, auf der Hamburger Straße das Lager errichten zu wollen. Wenn es nach der CDU geht. Verwirrung herrschte letzte Woche, Innenminister Roland Wöllner und Ministerpräsident Michael Kretschmer kommunizierten komplett verschiedene Dinge. Wöllner sprach nach wie vor davon, so ein Lager zu wollen während Kretschmer angab, es bleibe bei drei Erstaufnahmeeinrichtungen. In einem gemeinsamen Statement gaben beide schlussendlich an, dass in Dresden Menschen interniert werden sollen. Die SPD wiederum lehnt die Lager ab, setzt aber in Teilen dennoch auf die Erstaufnahmeeinrichtungen. Auch in denen sollen Menschen bis zu 24 Monate leben sollen. Diese Möglichkeit hatte der Bundesgesetzgeber bereits geschaffen.
<https://www.zeit.de/2018/21/asyllpolitik-horst-seehofer-ankerzentren-abschiebungen> (16.05.18)
<https://www.sz-online.de/sachsen/ankerzentrum-entsteht-in-dresden-3937480.html> (17.05.18)
Die „Transitzentrum“ genannten Lager in Bamberg und Manching sollen als Vorbild für die anderen, „Ankerzentrum“ genannten Lager dienen. Die Regierung Oberbayerns hatte zum Pressetermin geladen, um darzustellen, wie schön Lagerleben sein kann. Alle Bemühungen des Sprechers schlugen fehl, erfolgreich sabotierten die Geflüchteten seine Veranstaltung. „Wir ersticken hier.“ war nur einer der Ausrufe, die die Insass*innen des Lagers den Journalist*innen zurufen konnten.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-transitzentrum-abschiebung-1.3982007> (17.05.18)
- Dass diese Lager psychischen Stress bedeuten, gerade bei traumatisierten Menschen, das hat die Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer erneut herausgestrichen. Weder könne dort neuer Lebensmut noch eine Lebensperspektive entwickelt werden – beides unabdingbare Voraussetzungen für einen Heilungsprozess bei traumatisierten Menschen. Es steht mehr als zu bezweifeln, dass die Menschen in den Lagern Zugang zu psychosozialer Beratung erhalten werden, dass der Bedarf überhaupt gedeckt wird. Dies allein schon deswegen, weil allein in den rund 40 Psychosozialen Zentren in Deutschland im Jahr 2015 40 Prozent mehr Geflüchtete abgelehnt als

aufgenommen wurden. Die Wartelisten seien lang. Eine zu späte Behandlung könne aber zu langwierigen, wenn nicht lebenslangen Belastungen führen.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article176566449/Warnung-vor-Ankerzentren-Psychotherapeuten-fuerchten-gesundheitliche-Schaeden-fuer-Fluechtlinge.html> (22.05.18)

- Wegen seiner Äußerungen über Menschen, die den Rechtsstaat leben, indem sie Individuen vor Regierung beziehungsweise Verwaltung schützen, haben Anwalt*innen Strafanzeige gegen Alexander Dobrindt erstattet. Der Vorwurf lautet auf Verleumdung. Dass dies gerade beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) absolut notwendig sei, zeige die Erfolgsquote, die Anwalt*innen an Verwaltungsgerichten hätten, wie Helmut Bäcker gegenüber der *Frankfurter Rundschau* sagt. Allein bei Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft würden die zuvor negativen BAMF-Bescheide zu 61 % von den Gerichten korrigiert. Bäcker habe es noch nie erlebt, dass ein*e hochrangige*r Politiker*in einen solchen Angriff auf seinen Berufszweig gefahren sei. Dass die Anzeige erfolgreich sei, bezweifle er aber. Dobrindt genieße als Bundestagsabgeordneter Immunität und ob die der Bundestag aufhebe, bezweifle er. Die Anzeige sei ein Zeichen, dass eine solche Grenzüberschreitung nicht hinnehmbar sei.
<http://www.fr.de/frankfurt/csu-politiker-dobrindt-hat-einen-angriff-auf-den-rechtsstaat-gestartet-a-1510544> (22.05.18)
- Und wenn die Exekutive dann doch einmal BAMF-Bescheide erneut überprüft, dann sind es nur positiv entschiedene. Im Zuge des Skandals um die Bremer BAMF-Außenstelle werden nun 18.000 positiv entschiedene, seit 2000 gestellte Asylanträge einer erneuten Prüfung unterzogen. Der Vorwurf lautet, dass zwischen 2013 und 2016 1.200 Bescheide unplausibel entschieden wurden. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat nun entschieden, dass die Bremer Außenstelle vorerst nicht mehr über Asylanträge entscheiden dürfe. FDP und AfD fordern einen Untersuchungsausschuss im Bundestag, die Grünen sind noch skeptisch, die Linke will sich dafür einsetzen, wenn Seehofer nicht kommende Woche im Innenausschuss umfassend aufklären kann.
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/asympolitik-bamf-ueberpruefung-entscheide-bremen> (18.05.18)
<https://www.tagesschau.de/inland/bamf-bremen-107.html> (23.05.18)
- ...und nochmal das BAMF: die Anerkennungsquoten befanden sich seit Langem im Tiefflug. Zwischen Januar und April wurde nur noch bei 32,5 % der getroffenen Entscheidungen über Asylanträge ein Schutztitel zugesprochen – also GFK, subsidiärer Schutz oder Abschiebungsverbot. 2017 lag die Quote bei 43,4 %, 2016 bei 62,4 %.
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlinge-nur-noch-jeder-dritte-asylantrag-ist-erfolgreich-a-1510973> (23.05.18)
- Auf dem Flughafen in Frankfurt am Main sitzt seit April ein Mensch angolischer Staatsbürgerschaft in Abschiebungshaft. Er ist zwei Jahre alt. Auch seine fünf-, neun- und elfjährigen Geschwister wie seine Mutter wurden inhaftiert. Den Haftantrag für zulässig erklärt hatte nun das Amtsgericht Frankfurt am Main. Die Inhaftnahme sei verhältnismäßig. Dass die Familie den Suizidversuch eines Mit-Inhaftierten mit ansehen musste, wurde nicht berücksichtigt. Tatsächlich leugnet die Polizei das Geschehene. Allein in der Abschiebungshaft am Frankfurter Flughafen kam es 2017 zu 18 Suizidversuchen und Selbstverletzungen und einem vollzogenen Suizid. Als der Rechtsanwalt Peter Fahlbusch den Zweijährigen während der Anhörung fragte, ob er verstehe, worum es gehe, antwortete der mit „Mama“.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/flughafen-frankfurt-der-betroffene-antwortet-mit-mama-1.3982009> (19.05.18)
- Den Fall der Familie Lleshi hatten wir in die Härtefallkommission eingereicht, die Entscheidung fiel damals positiv aus. Der Bruder Klajdi hat seinen Hauptschulabschluss so

gut wie sicher und die Ausbildung bereits in der Tasche. Unter anderen setzten sich die Sportler*innen vom TuS Weinböhla für den Verbleib von Klajdi Lleshi und seiner Familie ein. Was nach wie vor Sorge bereitet, ist die Krebskrankheit der Tochter der Familie, die nach wie vor noch nicht überwunden ist.

<https://www.sz-online.de/sachsen/gegen-die-abschiebung-3939029.html> (19.05.18)

- Vom Leipziger Flughafen wurden am Mittwoch 19 Menschen tunesischer Staatsbürgerschaft abgeschoben, elf von ihnen kamen aus Sachsen.
<http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Abschiebung-von-Flughafen-Leipzig-Halle-aus>
(16.05.18)

Hintergrund und Meinung

- Zu Himmelfahrt attackiert eine Gruppe Jugendliche Polizeibeamt*innen mit Flaschen. So geschehen im niedersächsischen Ganderkesee. Warum hat davon niemand was mitbekommen, außer vielleicht die Menschen in und um Ganderkesee? Weil die Jugendlichen „deutsch“ sind. Im Interview mit der *SZ* führt die Kriminologin Nina Perkowski aus, dass Gewalt beziehungsweise Widerstand von Menschen mit Migrations- und/ oder Fluchtbiographie von länger Ansässigen anders diskutiert wird, als wenn es Gewalt beziehungsweise Widerstand von den „eigenen Leuten“ ist. Die Fälle Ganderkesee und Ellwangen zeigen das. In der deutschen Bevölkerung spiele die vermeintliche Großzügigkeit, die die Aufnahme von Fliehenden bedeute, eine gewichtigere Rolle als die Verantwortung für Fluchtgründe. Verantwortung durch Waffenexporte oder Aufrechterhalten eines ungerechten Weltwirtschaftssystems. Wenn Fliehende sich nicht dankbar und still verhalten würden, dann ist das ein Verstoß in den Augen der Mehrheitsgesellschaft. Kommt diese vermeintliche Undankbarkeit als Rechtsverstoß daher, dann sei ganz schnell der Rechtsstaat in Gefahr. AfD und CSU befeuerten dieses Narrativ. Dabei zeige die Wissenschaft, dass Geflüchtete und Migrant*innen nicht krimineller sind als andere Gruppen. Abschiebungen würden gegen diesen Rassismus auch nicht helfen. Schließlich greife der auch bei Menschen mit Aufenthaltserlaubnis.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/ellwangen-die-illusion-dass-wir-unsere-grenzen-schuetzen-koennen-broeckelt-1.3981958> (20.05.18)
- Lea Becker kommentiert in der *Freien Presse*, dass die geleakten What'sApp-Chats von AfD-Mitgliedern im Vogtland die zutiefst antidemokratische Haltung der Partei offengelegt haben. Sie fragt, wie weit eine Partei nach rechts noch rücken kann und beantwortet die Frage im nächsten Satz selber: wer Geflüchtete ins KZ wünscht, der ist soweit es geht, nach Rechts gerückt.
https://www.freiepresse.de/POLITIK/MEINUNGEN/Die-Grenze-des-Sagbaren-artikel10211850.php?utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&utm_source=Twitter#link_time=1526673227
(18.05.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 4
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rlcl.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

